

3403/AB XXI.GP

Eingelangt am: 12.04.2002

Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport - Vizekanzlerin

Die Abgeordneten Dr. Josef Cap und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage (3402/J) betreffend "zwei Jahre blau-schwarze Verschwendungen" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Anfrage umfasst 105 Einzelfragen, die nahezu alle wortgleich in dieser Gesetzgebungsperiode durch mehrere Parlamentarische Anfragen bereits gestellt wurden. Teilweise liegen diese Anfragen nur einige Monate zurück. Die Beantwortung dieser Anfrage bezieht sich daher nur auf jenen Zeitraum, der seit der Beantwortung der jeweils letzten Anfrage zurückliegt. Diesbezüglich darf auf die Beantwortung dieser Anfragen verwiesen werden.

Ohne das Interpellationsrecht der Abgeordneten grundsätzlich in Frage stellen zu wollen, muss doch die Sinnhaftigkeit von Fragen in Zweifel gezogen werden, die identisch wenige Monate zuvor bereits gestellt und beantwortet worden waren, zumal mit deren Beantwortung ein enormer Zeitaufwand verbunden ist. Mehrere Mitarbeiter in allen Ressorts sind oft wochenlang mit der Ausarbeitung der Antwortentwürfe beschäftigt.

Die Bundesregierung ist überaus bemüht, die Kosten der Verwaltung zu minimieren. Sie wird dazu von den Oppositionsparteien auch immer wieder aufgefordert. Anfragen der vorliegenden Art konterkarieren also nicht nur die Einsparungsbemühungen der Bundesregierung, sie lassen auch Sparappelle der Oppositionsparteien als unglaublich erscheinen.

Generell wird vermerkt, dass die Verknüpfung von einzelpersonenbezogenen Zahlenmaterial mit dem Namen einer Person aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gemacht werden kann.

Ad personeller Nahbereich des Ministers:

Frage 1:

Welche Personen, geordnet nach Namen, wurden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage im Ministerbüro bzw. im Büro eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs beschäftigt und auf welcher Grundlage (Beamtenendienstgesetz, Vertragsbedienstetengesetz, Sondervertrag gemäß § 36 VBG, Angestelltengesetz oder Arbeitskräfteüberlassungsgesetz) basierte jeweils dieses Dienstverhältnis?

Frage 2:

Sollten die unter Punkt I. beauskunfteten Dienstverhältnisse bereits beendet sein, wird angefragt, zu welchen Zeitpunkten und mit welcher rechtlichen Begründung diese Dienstverhältnisse, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern, aufgelöst wurden und welche Kosten (Kündigungsentschädigung, Urlaubsentschädigung bzw. –abfindung, freiwillige Abfertigung, Pönale, etc.) mit der Beendigung dieses Dienstvertrages, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern, verbunden waren?

Zu den Fragen 1 und 2:

Über den Personalstand meines Kabinetts und die Entlohnung meiner Referentinnen und Referenten habe ich bereits anlässlich der Anfrage 2341/J berichtet. Darüber hinaus habe ich die Personal Situation in meinem Kabinett umfassend durch die Vorlage eines Erhebungsberichtes an den ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses

dargestellt. Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass ich bei meinem Amtsantritt entgegen der üblichen Praxis auf die Errichtung eines eigenen (Ministerkabinetts) Ministerbüros verzichtet und lediglich ein gemeinsames Kabinett für meine Agenden als Vizekanzlerin und Bundesministerin eingerichtet habe.

Seit den angeführten Anfragebeantwortungen sind folgende Änderungen im Referentinnen/Referentenbereich eingetreten:

Abgänge:

Beatrix WINKLER (31.7.2001)
Markus MITTERRUTZNER (31.8.2001)
Mag. Astrid KRÜNES (31.8.2001)
Dr. Waltraud VONES (30.11.2001)
Mag. Georg BRANDSTETTER (31.12.2001)

Zugänge:

Renate HÖDL-BERNSCHERER
Mag. Roland WEINERT
Simone SCHMID
Dr. Robert SATTLER

Die Dienstverhältnisse der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter basierten auf dem Vertragsbedienstetengesetz und in einem Fall auf dem Angestelltengesetz/Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (Vertragspartner: Bildungswerk der Industrie).

In meinem Kabinett sind somit mit 1. Februar 2002 daher 13 Mitarbeiter tätig, wovon 6 Mitarbeiter als Vertragsbedienstete, 2 Mitarbeiter im Wege einer Arbeitsleihe, 4 Mitarbeiter mit Sondervertrag sowie eine begünstigte Behinderte beschäftigt sind. Von den 13 Mitarbeitern sind 7 Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes. Diese sind entsprechend den im PIS seit Jahren für die Organisation "Büro Vizekanzler" verankerten Arbeitsplätzen besetzt. Vom Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport werden, die in den oben zitierten 13 Mitarbeiterinnen inkludierten, Sekretariatsmitarbeiterinnen zur Verfügung gestellt.

Generell möchte ich darauf hinweisen, dass Ansprüchen von Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern in Zusammenhang mit der Beendigung von Dienstverhältnissen, die auf Grund dienstrechtlicher, besoldungsrechtlicher, arbeitsrechtlicher oder sonstiger gesetzlichen Verpflichtungen zu Recht bestehen, selbstverständlich nachgekommen wird.

Frage 3:

Auf welcher Grundlage erfolgte jeweils für die unter Punkt 1. angefragten Personen die Ermittlung des Gehaltsanspruches und wie hoch ist dieser, ausgewiesen je namentlich bezeichneten Dienstnehmer, pro Kalenderjahr inklusive Sonderzahlungen und Überstundenpauschal?

Zu Frage 3:

Der Gehaltsanspruch meiner Kabinettsmitglieder wird durch das Vertragsbedienstetengesetz 1948 oder durch eine vertragliche Vereinbarung festgelegt. Bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Kabinetts habe ich darauf geachtet, dass die Bezahlung im Rahmen der vorgegebenen Planstellen (Arbeitsplatz)bewertungen erfolgt.

Die im Jahr 2001 angefallenen Personalkosten (einschließlich aliquoter Sonderzahlungen, Überstunden, Dienstgeberbeiträge und allfälliger Umsatzsteuer) für die Referentinnen und Referenten meines Büros belaufen sich im Monatsdurchschnitt auf rund € 45.417,--.

Frage 5:

Mit welchen Mitarbeitern des Ministerbüros bzw. des Büro eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs wurden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage Sonderverträge gemäß § 36 Vertragsbedienstetengesetz abgeschlossen und in welcher Höhe übersteigen die darin vereinbarten Gehälter das Gehaltsschema des Vertragsbedienstetengesetzes, jeweils geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern?

Zu Frage 5:

Soweit Sonderverträge abgeschlossen wurden, betrug der Zuschlag auf das Normalgehalt entsprechend der Verwaltungspraxis 25%. Mit diesem Zuschlag werden entsprechende Vorkenntnisse und der Umstand berücksichtigt, dass diese vertraglichen Dienstverhältnisse nur auf beschränkte Dauer abgeschlossen werden.

Frage 6:

Über welche Mitarbeiter des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs wurden Arbeitsleihverträge abgeschlossen und welche Vertragsinhalte wurden mit welchen Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen vereinbart, jeweils geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern unter Beifügung des verleihenden Arbeitskräfteüberlassungsunternehmens?

(Die Frage sollte nach folgendem Schema beantwortet werden: Leiharbeitgeber, Leiharbeitnehmer, Vertragszeitraum, Gehalt, Wertanpassung, Kündigungsmöglichkeit, Remunerationen, Belohnungen, Umsatzsteuerpflicht des Arbeitskräfteüberlassers, Abrechnungsmodalitäten von Reisekosten und Überstunden, Pensionsvorsorge, Einhaltung der Dienstpflichten, Amtsverschwiegenheit, Abdingung des Weisungsrechtes des Leiharbeitgebers sowie Konventionalstrafe; die Beantwortung kann auch durch Beilage der entsprechenden Leiharbeitsverträge in Kopie substituiert werden.)

Frage 7:

Welche Dienstverhältnisse wurden von den unter Punkt 6. angefragten Personen vor

Abschluss des gegenständlichen Überlassungsvertrages, geordnet nach namentlich

bezeichneten Personen und unter Beifügung des jeweiligen Dienstgebers, ausgeübt?

Von wem wurde, jeweils geordnet nach namentlich bezeichneten, überlassenen Arbeitskräften, der entsprechende Arbeitsleihvertrag formuliert?

Zu den Fragen 6 und 7:

Hinsichtlich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird auf die Antwort zur Frage I verwiesen. Die jeweiligen Arbeitsleihverträge wurden im Einvernehmen mit dem Leiharbeitgeber abgeschlossen. Die vorangegangenen Arbeitsverhältnisse der Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer können im Hinblick auf den Datenschutz nicht bekannt gegeben werden.

Frage 8:

An welche Unternehmen bzw. Vereine, die nunmehr als Arbeitskräfteüberlasser in einem Vertragsverhältnis mit dem Ressort stehen, wurden Förderungen bzw. Werkverträge des Ministeriums vergeben und wenn ja, in welcher Höhe erfolgte eine entsprechende Zahlung, jeweils geordnet nach Förderungsempfänger und Budgetjahr?

Zu Frage 8:

Es erfolgten keine derartigen Förderungen und es wurden keine Werkverträge abgeschlossen.

Frage 9:

Welche Mitarbeiter des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs sind mit Führungsfunktionen in anderen Organisationseinheiten betraut, um welche Organisationseinheit handelt es sich jeweils, und in welchem Ausmaß wird diese Führungsfunktion wahrgenommen?

Zu Frage 9:

Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter meines Kabinetts sind mit Führungsfunktionen in anderen Organisationseinheiten betraut.

Frage 4:

Welche, der unter Punkt 1. genannten Personen erhält keine Überstundenpauschale und wie hoch ist jeweils die bisherige durchschnittliche monatliche Überstundenleistung, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern?

Frage 10:

Wie werden zeitliche Mehrleistungen der Mitarbeiter des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs finanziell abgerechnet, aufgelistet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern ?

Frage 11:

In welcher Höhe wurde die bisher geleistete, durchschnittlich monatliche Mehrdienstleistung der einzelnen Mitarbeiter des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern, abgegolten?

Zu den Fragen 4, 10 und 11:

Bei jenen Bediensteten, die der Bewertungsgruppe 5 oder 6 der Entlohnungsgruppe v1 angehören und somit ein Fixgehalt beziehen, gelten 13,65% ihres Gehaltes als Abgeltung für zeitliche Mehrleistungen. Bei den übrigen Vertragsbediensteten wurden die angeordneten und die geleisteten Überstunden pauschal abgegolten. Auch bei den Arbeitsleihverträgen wurden sogenannte "all in Verträge" abgeschlossen.

Frage 12:

An welche Mitarbeiter des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs wurden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage Belohnungen bzw. Prämien altsbezahlt und in welcher Höhe belaufen sich diese Zahlungen, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern und Budgetjahr?

Zu Frage 12:

Meine Referentinnen und Referenten erhielten im Jahr 2001 Belohnungen in der Gesamthöhe von € 1.090,09.

Frage 13:

Welche Mitarbeiter des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs üben Nebentätigkeiten bzw. -beschäftigung und/oder entgeltliche Aufsichtsratsfunktionen aus und welche Einkünfte beziehen sie aus diesen, jeweils geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern?

Zu Frage 13:

Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter meines Kabinetts üben Nebentätigkeiten aus.

Frage 14:

Welche Sektionsleiter bzw. welcher Generalsekretär, geordnet nach Namen, wurden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage bestellt und wurden diese Dienstverhältnisse gemäß dem Ausschreibungsgesetz in der geltenden Fassung vergeben?

Frage 16:

Wie wurden die unter Punkt 14. beauskunfteten, tatsächlich betrauten, Bewerber von dieser Begutachtungskommission beurteilt?

Frage 18:

Auf welcher Rechtsgrundlage werden die zeitlichen Mehrleistungen der unter Punkt 14. angefragten Personen, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern unter Beifügung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen, abgegolten?

Frage 19:

In welcher Höhe wurden bisher an die unter Punkt 14. beauskunfteten Personen, geordnet nach Namen, Belohnungen bzw. Prämien vergeben?

Frage 20:

Welche entgeltlichen Nebentätigkeiten bzw. -beschäftigungen und/oder Aufsichtsratsmandate werden von den unter Punkt 14. beauskunfteten Personen, geordnet nach Namen, ausgeübt und in welcher Höhe wurde hiefür Einkommen durch diese Personen bezogen?

Zu den Fragen 14, 16, 18, 19 und 20:

Auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2341/J wird verwiesen. Seitdem hat es keine weitere Bestellungen einer(s) Sektionsleiterin(s) bzw. Generalsekretärin(s) gegeben.

Frage 15:

Welche Personen, geordnet nach Namen, sind seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage Mitglieder der Begutachtungskommission gemäß § 7 Ausschreibungsgesetz 1989?

Zu Frage 15:

Bis zum 1.2.2002 waren folgende Personen Mitglieder von Begutachtungskommissionen im Einzelfall:

Vorsitzender (Dienstgebervertreter) Leiter der Sektion I
Mitglied (Dienstgebervertreter) Leiterin der Abteilung II/8
sowie ein Vertreter der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und
ein vom Zentralausschuss bestellter Dienstnehmervertreter.

Im übrigen wird auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2341/J verwiesen.

Frage 17:

Welche der unter Punkt 14. beauskunfteten Personen bekleiden bzw. bekleideten auch eine Funktion im Ministerbüro bzw. dem Büro eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs?

Zu Frage 17:

Keine.

Frage 21:

Wie lauten die Namen der in entgeltliche Aufsichtsratsfunktionen entsandten Mitarbeiter, die weder Sektionsleiter noch Mitarbeiter im Ministerbüro sind?

Frage 22:

Wie hoch sind die Einkünfte aus dieser Tätigkeit, geordnet nach namentlich bezeichneten Dienstnehmern?

Zu den Fragen 21 und 22:

Auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 2341/J vom 5.4.2001 und der Parlamentarischen Anfrage 1799/J vom 29.1.2001 wird verwiesen.

Frage 23:

Welche Personen (sowohl Mitarbeiter des Ministerbüros als auch sämtliche Bediensteten des Ressorts) leisten mehr als 240 Überstunden pro Jahr, geordnet nach Namen unter Beifügung der jährlichen Überstundenleistung?

Zu Frage 23:

Gemäß den monatlichen Überstundenabrechnungen haben 4 Mitarbeiter (wobei davon zwei Kraftfahrer) im Zeitraum 1.1. bis 31.12.2001 mehr als 240 Überstunden geleistet. In Summe wurden von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Jahr 2001 2563,75 Überstunden geleistet.

Frage 24:

Welche Mitarbeiter, geordnet nach Namen, wurden an EU-Einrichtungen abgestellt, auf welcher rechtlichen Grundlage basiert dieses Dienstverhältnis und wie hoch ist die Besoldung dieser Personen, jeweils bezogen auf den namentlich bezeichneten Mitarbeiter?

Zu Frage 24:

Auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2341/J vom 5.4.2001 wird verwiesen.

Frage 25:

Werden Personen ausserhalb des Ministerbüros aufgrund von Arbeitsleihverträgen beschäftigt und wenn ja, wie lauten deren Namen und von welchen Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen werden diese Personen verliehen?

Zu Frage 25:

Im Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport werden fünf EDV-Experten beschäftigt, die auf Grund von Arbeitsleihverträgen von der Firma MAN POWER verliehen wurden. Diese Arbeitsleihen wurden aufgrund der kurzfristigen Einrichtung einer operativen Unit im Wege der Neustrukturierung der IT-Strategie des Bundes notwendig.

Frage 26:

Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten aus den Leiharbeitsverträgen der unter Punkt 25. beauskunfteten Leiharbeitnehmer, geordnet nach Namen?

Zu Frage 26:

Die durchschnittlichen monatlichen Kosten pro IT-Experten belaufen sich auf rund € 6.000,-. Die zugrunde liegenden Bezüge orientieren sich am ADV-Schema des Bundes.

Frage 27:

Wieviele Personen (gegliedert nach dem Geschlecht) wurden in Ihrem Ressort (Zentralstelle und nachgeordnete Dienststellen) seit 4. Februar 2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage in ein öffentlich rechtliches Dienstverhältnis übernommen und wie wurde dies im Einzelfall begründet?

Frage 28:

Wieviele Personen (gegliedert nach dem Geschlecht) wurden in Ihrem Ressort (Zentralstelle und nachgeordnete Dienststellen) seit 4. Februar 2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage definitiv gestellt?

Zu den Fragen 27 und 28:

Seit meiner Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 1920/J vom 16. Feber 2001 wurde keine Person in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen. Zwei Frauen und ein Mann wurden definitiv gestellt. Im übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Definitivstellung eine an gesetzlich bestimmte Bedingungen geknüpfte Rechtsfolge ist, die für Ermessen keinen Spielraum lässt.

Frage 29:

Wieviele Personen (gegliedert nach dem Geschlecht) waren im Bereich Ihres Ressorts (gegliedert nach Zentralstellen und nachgeordneten Dienststellen) zum Zeitpunkt der Einbringung dieser Anfrage in einem öffentlich rechtlichen Dienstverhältnis, wobei Personen, die seit dem 4. Februar 2000 an ausgegliederte Unternehmen dienstzugeteilt wurden, einzurechnen sind?

Zu Frage 29:

Im Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport befindet sich seit 13. Februar 2002 die nachstehende Anzahl, gegliedert nach dem Geschlecht und nach den ua.

Planstellenbereichen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis:

	männlich	weiblich
Zentralleitung:	38	
44		
Verwaltungsakademie des Bundes:	4	
8		
Bundessportheime und Sporteinrichtungen (Haus des Sports):	20	
Amt der Bundessporteinrichtungen:	18	5

Frage 30:

Wieviele Beamte (gegliedert nach dem Geschlecht) sind zum Zeitpunkt der Einbringung dieser Anfrage an ausgegliederte Unternehmen im Bereich Ihres Ressorts dienstzugeteilt?

Zu Frage 30:

Auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 1920/J vom 16.2.2001 wird verwiesen. Seitdem hat es keine Änderungen gegeben.

Ad Infrastruktur des Ministeriums:

Frage 31:

Welche Umbauten wurden in Ihrem Büro und in den Büros Ihres Kabinetts seit 4. Februar 2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage im Detail vorgenommen?

Frage 32:

Welche Kosten sind hiefür im Detail (einzelne ausgewiesen) angefallen?

Zu den Fragen 31 und 32:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2411/J vom 04.05.2001 haben sich in diesem Bereich keine Veränderungen ergeben.

Frage 33:

Welche Anschaffungen für Büromöbel wurden für Ihr Büro und den Büros Ihres Kabinetts seit 4. Februar 2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage durchgeführt?

Frage 34:

Welche Kosten sind dafür im Detail (einzelnen ausgewiesen) angefallen?

Zu den Fragen 33 und 34:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2411/J vom 04.05.2001 haben sich in diesem Bereich die Beschaffung von folgenden Kleinbüromöbel zur Komplettierung der Ausstattung ergeben: Aktenstahlschrank, Steh- und Tischleuchten, Luftbefeuchter und

Heizlüfter, Papierkörbe etc. im Wert von € 1.955,59. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die obige Aufstellung auch Beschaffungen für den Besucherwarteraum umfasst.

Frage 35:

Welche technischen Ausstattungen (EDV-Anlagen, Mobiltelefone, Laptops etc.) wurden seit 4. Februar 2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage für Sie und Ihre Mitarbeiterinnen im Ministerbüro beschafft?

Frage 36:

Welche Kosten sind dafür im Detail (einzelnen ausgewiesen) angefallen?

Zu den Fragen 35 und 36:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2411/J vom 04.05.2001 haben sich in diesem Bereich die Beschaffung von folgender Hardware auf Grund der Einbindung des Büros in das Netzwerk des BMÖLS ergeben: 23 PC (nur CPU - die alten werden im BKA weiterverwendet), 1 Notebook, 1 Farbdrucker.

Hierfür wurden € 41.554,09 aufgewendet. Für Mobiltelefone samt Zubehör wurden € 2.495,70 aufgewendet.

Etliche Geräte wurden seitens des Netzbetreibers unentgeltlich beigestellt. Die technische Einbindung des Büros in das Netzwerk des BMÖLS und die damit verbundenen Kosten waren aus Gründen der Kompatibilität erforderlich.

Frage 37:

Welche EDV-Systeme sind in Ihrem Ressort samt nachgeordneten Dienststellen mit Stichtag

1. Februar 2002 eingerichtet?

Zu Frage 37:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J hat sich der Betreiber der EDV-Systeme geändert. Das Ressort wird nun ausschließlich von der Bundesrechenzentrums GmbH betreut.

Frage 38:

Wieviele EDV-Arbeitsplätze gibt es in Ihrem Ressort bzw. wieviele Personen nutzen die EDV-Systeme Ihres Ressorts?

Zu Frage 38:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J kam es zu einer Ausweitung der EDV-Arbeitsplätze um 20 Arbeitsplätze (Gründung der operativen Unit zum IKT-Board, Vollausstattung der Disziplinaroberkommission). Da die Vollausstattung fast abgeschlossen ist, verwenden fast alle Referenten das angebotene EDV-System.

Frage 39:

Welche Firmen haben die Hardware geliefert, aufgegliedert nach einzelnen Lieferungsaufträgen?

Zu Frage 39:

Seit der Beantwortung der Anfrage 2399/J kamen noch Beschaffungen von Hardware der Firmen Siemens, Acer, Compaq und HP hinzu. Diese Produkte wurden ausschließlich über die BRZ GmbH beschafft. Die Zulieferfirmen sind daher nicht bekannt, jedoch unterliegt auch die BRZ GmbH dem Regime der Bundesbeschaffungs GmbH.

Frage 40:

Welche Durchschnittskosten entstehen für die Anschaffung der Hardware pro Arbeitsplatz?

Zu Frage 40:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J kam es zu keiner Abweichung der Durchschnittskosten.

Frage 41:

Welche Software kommt - geordnet nach Computerarbeitsplätzen - zum Einsatz?

Zu Frage 41:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J wurde das Office-Paket von Office 2000 auf Office XP umgestellt. Weiters wurde HV-SAP ausgerollt.
(Haushaltsverrechnung des Bundes).

Frage 42:

Welche Durchschnittskosten entstehen für die Software pro Arbeitsplatz?

Zu Frage 42:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J wurden pro PC-Arbeitsplatz € 354,86 für die Office XP Lizenzen investiert. Weitere Durchschnittskosten können nicht dargestellt werden, da sie in diversen Mieten enthalten sind.

Frage 43:

Welche Firmen sind für die Betreuung der Hardware zuständig und welche Kosten entstanden dafür im Budgetjahr 2001?

Frage 44:

Welche Firmen sind für die Betreuung der Software zuständig und welche Kosten entstanden dafür im Budgetjahr 2001 ?

Zu den Fragen 43 und 44:

Die BRZ GmbH ist nunmehr der alleinige Betreuer des Ressorts.
Bezüglich des

Kostenaufwandes ergab sich keine Änderung seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J.

Frage 45:

Wieviele Planstellen sind in Ihrem Ressortbereich für die Betreuung der EDV vorgesehen?

Frage 46:

Wie sind die EDV-Betreuerinnen eingestuft, geordnet nach Planposten, und welche Kosten entstehen dafür insgesamt pro Budgetjahr?

Zu den Fragen 45 und 46:

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J hat sich keine Änderung ergeben.

Frage 47:

Welche Ansätze werden für die Betreuung der EDV in Ihrem Ressortbereich als Sachaufwand veranschlagt, obwohl damit Personalkosten abgedeckt werden?

Zu Frage 47:

Wie bereits oben dargestellt, ist die BRZ GmbH mit der EDV-Betreuung beauftragt. Die anteiligen Personalkosten in den einzelnen Posten unterliegen der Kalkulation der Firma und sind dem Ressort nicht bekannt.

Frage 48:

Ist die Gestaltung und Betreuung der Homepage Ihres Ressorts in den EDV-Kosten enthalten?

Frage 49:

Welche Kosten entstehen für die Betreuung der Ressort-Homepage?

Frage 50:

Welche Kosten entstehen darüber hinaus für externe Berater wie Werbefirmen,

Programmierer, Webdesigner, etc.?

Zu den Fragen 48 bis 50

Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2399/J haben sich keine Änderungen ergeben.

Frage 51:

Wieviele Zugriffe haben Sie im Jahr 2001 auf Ihre Homepage registriert?

Zu Frage 51:

<u>www.bmols.gv.at</u> und <u>www.cio.gv.at</u> :	1.086.749 Hits bzw. 82.623 Anwendersitzungen
<u>www.help.gv.at</u> :	37 Mio Hits
<u>sport.austria.gv.at</u> :	71.500 Hits bzw. 4.350 Anwendersitzungen
<u>www.vab.ac.at</u> :	Internet-Site: 482.643 Zugriffe, Intranet-Site: 321.477 Zugriffe (die beiden Seiten Internet und Intranet sind identisch)

In den Bereichen www.bmols.gv.at, www.cio.gv.at und www.help.gv.at hat mein Ressort in den Monaten Jänner und Februar 2002 stark steigende Zugriffszahlen verzeichnet.

Frage 52:

Wurde die Akzeptanz der Ressort-Homepage bei den Internet-User abgetestet und welche Ergebnisse zeigten diese Erhebungen?

Zu Frage 52:

Auf allen Homepages, die vom BMÖLS betrieben werden, existiert eine Kontaktmöglichkeit via e-Mail, die von den Usern gerne verwendet wird. Dabei werden vor allem Sachfragen gestellt. Das Feedback zur Gestaltung und Struktur der Seiten ist überwiegend positiv.

Um die in wenigen Bereichen noch ausständige barrierefreie Zugänglichkeit gemäß den WAI-Richtlinien herzustellen, wird zur Zeit intensiv daran gearbeitet, die Web-Inhalte möglichst rasch an diese Richtlinien anzupassen.

Die Akzeptanz der Homepage des Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport zeigt sich auch in den steigenden Download-Zahlen. Darüber hinaus gibt es folgende Rückmeldungen zur Akzeptanz:

www.bmols.gv.at: Eine Feedback-Möglichkeit existiert, wurde jedoch von den Anwenderinnen und Anwendern in nur geringem Ausmaß genutzt.

www.help.gv.at: Help testet weiterhin laufend mit Hilfe eines Fragebogens die Akzeptanz und Zufriedenheit mit dem gebotenen Angebot. Die aktuellen Auswertungen ergeben, dass 45% der Befragten die Frage "Konnte Help helfen?" mit "Ja" beantworten und 40 % mit "Teilweise", womit die angestrebte 80%ige Zufriedenheit der Help-NutzerInnen weitgehend gegeben ist. Auch im Gästebuch überwiegen die positiven und anerkennenden Bewertungen deutlich.

Frage 53:

Welche Verwaltungsvorgänge bieten Sie den BürgerInnen im Internet an?

Zu Frage 53:

www.bmols.gv.at, www.cio.gv.at und sport.austria.gv.at:

Seit September 2001 werden von der Job-Börse des Bundes alle aktuellen

Stellenausschreibungen des Bundes (mit Ausnahme freier Stellen an Universitäten und Universitäten der Künste sowie freier Stellen für Lehrer, Richter und Staatsanwälte) im Internet unter der Adresse <http://www.bmols.gv.at/jobs-at/> veröffentlicht.

Von September bis Dezember 2001 wurden die Stellenausschreibungen 1868 mal abgerufen.

www.help.gv.at: Seit Juli 2001 wurden 9 neue Sachverhalte in Help aufgenommen, u.a. Betriebsübernahme, Umweltverträglichkeitsprüfung, Anmeldung von Veranstaltungen und Namensänderung. Mehrere andere Lebenssituationen wurden überarbeitet bzw. aktualisiert (z.B. in Bezug auf das neue Kinderbetreuungsgeld). In Summe werden damit zu an die 100 wichtigen Lebenssituationen die relevanten Informationen geboten.

Sechs Verfahren wurden in Zusammenarbeit mit Partnerbehörden als Online-Amtswege umgesetzt (Meldeauskunft, Kommunalsteuererklärung, Hundeanmeldung, Verlustmeldung,

Veranstaltungsanmeldung und Grabverlängerung). Seit Juli 2001 konnte die Anzahl der Partnerbehörden, die die Online-Amtswege nützen, um 11 erhöht werden (u.a. Wien, Innsbruck und Bregenz).

www.vab.ac.at: Diesbezüglich hat sich keine Änderung seit der Beantwortung der PA 2399/J ergeben.

Frage 54:

Wieviele Verwaltungskontakte wurden im Jahr 2001 über Internet abgewickelt?

Zu Frage 54:

Im Jahr 2001 wurden über das Gästebuch in Help 7.900 Anfragen bzw. sonstige Anliegen abgewickelt. Beim Pilotprojekt Amtsweg-Online, das im März 2001 begonnen wurde, kommt es derzeit zu ca. 20 Anwendungen pro Monat.

Bezüglich der Zugriffe zur Informationsgewinnung siehe Beantwortung zu Frage 15 (Zugriffe auf Help seit Juni 2001).

Frage 55:

Welche Beiträge hat Ihr Ressort für die Gestaltung der Internetseite www.help.gv.at seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage geleistet?

Zu Frage 55:

Wie bereits in der Beantwortung zu PA 2399/J ausgeführt, ist das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport seit 1. April 2000 für Help verantwortlich und finanziert diese Serviceplattform rund um die Amtswege. Help wird laufend weiterentwickelt und garantiert damit rasches, kompetentes und verständliches Service für Bürgerinnen und Unternehmen.

Die 9 neuen Sachverhalte, die in Help aufgenommen wurden sowie die Umsetzung der Online-Amtswege und die Partnerbehörden wurden bereits zu Frage 53 dargestellt.

Frage 56:

Welche Verwaltungsvorgänge planen Sie in Zukunft über Internet abzuwickeln?

Zu Frage 56:

Als Online-Amtswege in Help sind derzeit die An-, Um- und Abmeldung von Gewerben sowie die Kindergartenanmeldung in der Realisierungsphase. Beim Antrag auf Strafregisterauskunft, der ebenfalls im 2. Halbjahr 2002 implementiert werden soll, wird auf Grund der erhöhten Sicherheitsanforderungen erstmals die digitale Signatur eingebunden werden. Weitere Amtswege auch für Unternehmerinnen sollen sukzessive ausgebaut werden.

Selbstverständlich sollen nur jene Amtswege über Internet abgewickelt werden, bei denen es Sinn macht. Ein komplette Online-Abwicklung ist in jenen Bereichen nicht sinnvoll, wo ein persönliches Erscheinen auf der Behörde unerlässlich ist (etwa zur Unterschrift des Reisepasses). Außerdem wird auch aus wirtschaftlichen Gründen erst ab einer bestimmten Anzahl von zu erwartenden Online-Abwicklungen die Umsetzung über Internet ratsam sein.

Frage 57:

Ist der elektronische Akt in Ihrem Ressort realisiert? Wenn nein, warum nicht?

Frage 58:

Wenn ja, welche Kosten sind dafür entstanden?

Frage 59:

Wieviele und welche Planstellen konnten durch die Verwendung elektronischer Medien eingespart werden?

Zu den Fragen 57 bis 59:

Der ELAK des Bundes befindet sich derzeit in Ausschreibung. Das BMÖLS wird eines der ersten Ministerien sein, das das neue Produkt ausrollen wird (Beginn voraussichtlich Ende 2002). Planstelleneinsparungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.

Frage 60:

Was haben Sie bzw. Ihr Ressort seit Regierungsbildung dazu beigetragen, dass es zu einer Vereinheitlichung der EDV-Systeme des Bundes kommt?

Zu Frage 60:

Im Rahmen der Neustrukturierung der IT-Strategie des Bundes (60. Sitzung des Ministerrates am 6. Juni 2001) wurde am 26. Juli 2001 zur Verbesserung der Koordination und Vereinheitlichung des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den ressortübergreifenden Belangen der Bundesverwaltung beim Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport das Informations- u. Kommunikationstechnologie-Board (IKT-Board) eingerichtet, welches das Erreichen der Ziele für einen möglichst optimalen ressortübergreifenden IKT-Einsatz:

- 1 keine unterschiedlichen Ansätze und Lösungen für "gleiche Aufgaben",
- 2 kompatible Mailsysteme,
- 3 einheitliche und durchgängige elektronische Adressierbarkeit,
- 4 einheitlichen elektronischen Akt,

usw. gewährleisten und gleichzeitig auch die Ressortinteressen einbinden und nach Möglichkeit berücksichtigen soll.

Hinsichtlich Einführung des elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung wurde vom Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport der Fachausschuss für Kanzleiinformationssysteme und elektronische Aktensysteme im Rahmen der IT-Koordination beauftragt, ein Rahmenkonzept für den Einsatz des (bundesweit einsetzbaren) elektronischen Aktes (ELAKs) auf Basis des deutschen DOMEA-Konzeptes auszuarbeiten. Dieses Rahmenkonzept, das Mitte Juni 2001 fertiggestellt wurde, repräsentiert (gemäß Regierungsprogramm: Einsatz des elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung) den empfohlenen Standard für die Einführung der elektronischen Aktenverwaltung für alle interessierten, österreichischen Verwaltungseinheiten und trägt damit zur Sicherstellung der Interoperabilität der unterschiedlichen elektronischen Aktensysteme bei, wodurch ein wesentlicher Schritt zur Vereinheitlichung der EDV-Systeme in der Bundesverwaltung gesetzt wird.

Der Anwendungsbereich des Rahmenkonzeptes umfasst alle Aktenbearbeitungstätigkeiten, vom Eingangstück in elektronischer oder papierener Form, die Aktenbearbeitung im engeren Sinn bis zur Erledigung und elektronischen Archivierung.

Im Rahmen der Neustrukturierung der IT-Strategie des Bundes wurde für die Realisierung des ELAKs im Interesse einer flächendeckenden einheitlichen Einführung des ELAKs in der Bundesverwaltung eine gemeinsame Vorgehensweise (gemeinsame Ausschreibung, Festlegung der Produktstrategie sowie erforderlicher Schnittstellen und Standards) beschlossen; dem Projekt wird, ähnlich wie bei der einheitlichen Haushaltsverrechnung des Bundes, Querschnittscharakter zuerkannt.

Die Koordinierung der Aktivitäten erfolgt durch die beim Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport eingerichteten Stabsstelle für IKT-Strategie des Bundes.

Seit Beantwortung der PA 2399/J vom 4. März 2001 haben sich folgende Entwicklungen im Bereich ELAK-Projekt ergeben:

Mit Ministerratsvortrag vom 10. Juli 2001 betreffend Einführung des elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung wurde das Bundeskanzleramt beauftragt, das ELAK-Projekt federführend zu koordinieren, die Vorbereitungen zur Einführung des elektronischen Aktes der Bundesministerien (Zentralstellen) zu treffen sowie die Implementierung zu begleiten. Im Bundeskanzleramt wurde hiefür eine Arbeitsgruppe "ELAK im Bund" eingerichtet. Das Gesamtprojekt wird in seinen Teilschritten im Rahmen des beim Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport eingerichteten IKT-Board abgestimmt und beratend begleitet.

Derzeit wird die alle Ressorts umfassende gemeinsame Ausschreibung für die flächendeckende Einführung des ELAK in den Bundesministerien über die Bundesbeschaffungs-GmbH in Zusammenarbeit mit dem federführenden Ressort und dem IKT-Board abgewickelt. Die flächendeckende Umsetzung in den Zentralstellen der Ressorts ist für das 4. Quartal 2003 vorgesehen.

Frage 61:

Welche Kosteneinsparungen ergeben sich für Ihr Ressort aus der Vereinheitlichung der EDV-Systeme des Bundes?

Zu Frage 61:

Die möglichen Kosteneinsparungen wurden bereits in meiner Beantwortung zur Parlamentarischen Anfrage 2399/J ausführlich dargestellt.

Frage 62:

Werden in Zukunft Beschaffungsvorgänge im EDV-Sektor für alle Ressorts vereinheitlicht und zentral durchgeführt?

Zu Frage 62:

Das BB-GmbH-Gesetz ist am 28. April 2001 in Kraft getreten.

Mit der Errichtung der Bundesbeschaffungs GmbH (BGB1 I 39/2001), die die Wahrnehmung von Aufgaben auf dem Gebiet des Beschaffungswesens mit dem Ziel einer ökonomisch sinnvollen Volumens- und Bedarfsbündelung zur Optimierung der Einkaufsbedingungen des Bundes nach wirtschaftlichen und qualitativen Kriterien zum Unternehmensgegenstand hat, wurden auch die Beschaffungsvorgänge im EDV-Sektor vereinheitlicht.

Frage 63:

Wieviele Planstellen können durch eine Vereinheitlichung der EDV-Systeme eingespart werden?

Zu Frage 63:

Die Planstelleneinsparung kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Frage 64:

Wieviele Dienstautos wurden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage durch Ihr Ressort angeschafft, auf welchen Verträgen beruht die Nutzung dieser Kraftfahrzeuge, um welche Automarken handelt es sich und wie hoch waren die Kosten dieser Beschaffungen, geordnet nach den einzelnen Kraftfahrzeugen?

Zu Frage 64:

Die seinerzeitige Beschaffung der beiden Dienstfahrzeuge erfolgte unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Kfz-Empfehlungsliste des Bundesministeriums für Finanzen.

Es wurden ein Audi A8 um € 61.041,69 und ein Seat Alhambra um € 25.612,81 angeschafft.

Im Gegenzug wurde ein Mercedes im Rahmen des Sachgütertauschs an das BMI weitergegeben. Der Ford Sierra wurde vom Verkäufer des Seats um € 2.354,45 zurückgenommen. Der obgenannte Betrag verminderte sich dementsprechend.

Frage 65:

In welchem Ausmaß wurden durch Ihr Ressort seit 4.2.2000 Kanzleiräumlichkeiten angemietet bzw. existieren Pläne weitere Räumlichkeiten anzumieten, aus welchen Gründen erklärt sich der erhöhte Bedarf und welche Kosten sind dadurch entstanden bzw. werden dadurch entstehen?

Zu Frage 65:

Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses wurden mit August 2001 das IKT-Board des Bundes und zu dessen Unterstützung eine "Operative Unit" gegründet. Ab diesem Zeitpunkt wurde die operative Unit laufend bis zum Endausbau von 15 Personen aufgestockt. Da das Projekt mit 31.12.2002 beendet sein soll, wurden Büroräumlichkeiten angemietet. Hierfür wurden bis März 2002 € 69.894 aufgewendet.

ad Dienstreisen, internationale Veranstaltungen:

Frage 66:

Welche Dienstreisen wurden im Jahr 2001 durchgeführt und in welcher Höhe, geordnet nach einzelnen Reisevorhaben, belasteten diese das Jahresbudget?

Frage 67:

Welchem Zweck haben diese Reisen jeweils gedient und welcher positive Effekt für die Republik Österreich bzw. ihre Staatsbürger konnte damit erreicht werden?

Frage 68:

Wann genau erfolgten jeweils die Abreisen aus und die Ankünfte der Delegationen in Österreich?

Frage 69:

Welche Politiker und sonstige Personen wie Journalisten, Vertreter der Wirtschaft, etc. nahmen an den einzelnen Dienstreisen teil?

Zu den Fragen 66 bis 69:

Da Dienstreisen fast täglich anfallen, beschränkt sich die Anfragebeantwortung auf Dienstreisen ins Ausland. Seit der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 2319/J, Stichtag 5. April 2001 bis 31. Dezember 2001 sind folgende Auslandsdienstreisen der Frau Vizekanzler und Frau Bundesminister Dr. Susanne Riess-Passer durchgeführt worden:

4.-10. Mai 2001

Abflug 11:20 h Wien - New York
Abflug 18:50 h Washington - Wien

12.- 13. Juni 2001

Abflug 13:35 h Wien - Bukarest
Abflug 18:15 h Bukarest - Wien

11.Juli 2001

Abflug 13:30 Uhr Wien - Brüssel

13. Juli 2001

Abflug 12:30 Uhr Charleroi - Innsbruck

5.-6. September 2001

Abflug 13:25 h Wien - Vilnius
Abflug 17:05 h Vilnius- Wien

10. September 2001

Abfahrt 7:30 h Retourfahrt 22:00 h Dienstreise nach Bratislava (Auto)

10.- 11.Oktober 2001

Abflug 14:30 h Wien - Basel
Abflug 14:10 h Basel - Frankfurt - Innsbruck

8. November 2001

Abfahrt 7:00 h Retourfahrt 22:00 h Dienstreise nach Budapest (Auto)

12. November 2001
Abflug 7:00 Uhr Wien - Brüssel-
Abflug 20:10 Uhr Brüssel-Wien

14.-15. November 2001
Abflug 13:30 Uhr Wien - Istanbul
Abflug 16:00 Uhr Istanbul - Wien

28.-29. November 2001
Abflug 11:55 Uhr Wien-Zürich
Abflug 9:45 Uhr Zürich - Wien

Im Rahmen dieser Dienstreisen habe ich Gespräche mit Regierungsvertretern über die Verwaltungsreform, bilaterale und europäische Fragen sowie über sportpolitische Interessen Österreichs geführt.

Insgesamt fielen für diese Dienstreisen bisher verrechnete Kosten in Höhe von € 21.782,69 an.

Frage 70:

Nach welchen Gesichtspunkten wurden die Teilnehmer an diesen Dienstreisen ausgewählt?

Zu Frage 70:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden nach den Themen der Gespräche ausgewählt.

Frage 71:

In welchem Ausmaß wurden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage durch Sektionsleiter Auslandsdienstreisen durchgeführt, wieviele Reisetage wurden dafür insgesamt aufgewendet und welche Reisekosten sind pro namentlich bezeichneten Bediensteten insgesamt entstanden?

Frage 72:

Um welche Art von Veranstaltungen handelte es sich bei den jeweils unter Punkt 71. beauskunfteten Dienstreisen, welcher Zweck lag ihnen jeweils zugrunde und inwieweit wurde dieser Zweck erreicht?

Zu den Fragen 71 und 72:

In dem gefragten Zeitraum (unter Berücksichtigung bereits früherer Parlamentarischen Anfragen zum selben Betreff) wurden für Auslandsdienstreisen 19 Reisetage aufgewendet, für die insgesamt € 5.441,11 an Reisekosten entstanden sind. Es handelte sich um Veranstaltungen, an welchen die Teilnahme des jeweiligen Sektionsleiters zwecks sachgerechter und fachgerechter Erfüllung aller Aufgaben, die gemäß der Geschäftseinteilung des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport der jeweiligen Sektion zugeordnet sind, erforderlich war.

Frage 73:

In welchem Ausmaß wurde von Mitarbeitern des Ministerbüros bzw. des Büros eines etwaig eingerichteten Staatssekretärs im Zeitraum vom 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage Auslandsdienstreisen durchgeführt, wieviele Reisetage wurden dafür insgesamt aufgewendet und welche Reisekosten sind pro namentlich bezeichneten Bediensteten entstanden?

Zu Frage 73:

In meinem Büro fielen im Jahr 2001 46 Reisetage an. Die bisher verrechneten Kosten belaufen sich auf € 19.281,60.

Frage 74:

Um welche Art von Veranstaltungen handelte es sich bei den jeweils unter Punkt 73. beauskunfteten Dienstreisen, welcher Zweck lag ihnen jeweils zugrunde und inwieweit wurde dieser Zweck erreicht?

Zu Frage 74:

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese Dienstreisen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten durchgeführt.

Frage 75:

Welche Dienstreisen sind für die Jahre 2002 und 2003 geplant bzw. wurden im Jahr 2002 bereits durchgeführt?

Zu Frage 75:

Im Jahr 2002 wurden Dienstreisen nach Salt Lake City, Washington, New York, zum EU-Ministerrat nach Vitoria und nach Bratislava durchgeführt.

In nächster Zeit sind eine Dienstreise nach Rom sowie eine Dienstreise zum informellen Ministerrat nach La Rioja geplant.

Frage 76:

Welche Veranstaltungen im Rahmen internationaler Kontakte wurden im Jahr 2001 durchgeführt?

Frage 77:

Wann fanden diese Veranstaltungen statt, wer hat dazu eingeladen, welchem Zweck dienten sie und wer hat daran teilgenommen?

Frage 78:

Welche Kosten sind dem Ressort für jede dieser Veranstaltungen entstanden, chronologisch geordnet?

Zu den Fragen 76 bis 78:

Aufenthalt eines Evaluierungskomitees der WADA (World Anti-Doping Agency) in Wien. Dieser Besuch erfolgte im Rahmen der Bewerbung Österreichs bzw. Wiens um den permanenten Sitz der WADA und wurde seitens dieser vorgeschrieben ebenso wie die Organisation verschiedener Maßnahmen und Übernahme deren Kosten (z.B. Konferenz, Arbeitsessen, Transfer, Bürokosten, ...). Nächtigungskosten wurden von der WADA getragen.

4.- 6. April 2001

6 Personen des WADA-Evaluierungskomitees
Kosten: etwa €2.180,18

Frage 79:

Wie hoch war der Zeitaufwand für die Bediensteten, die im Rahmen dieser Veranstaltungen mitwirkten und welcher Personalmehraufwand ergibt sich daraus für das Ressort bzw. welcher Personalaufwand würde sich daraus bei gesonderter Abrechnung dieser Kostenstelle ergeben?

Zu Frage 79:

Der Zeitaufwand für einzelne Tätigkeiten wird derzeit nicht berechnet. Daher ist es nicht möglich, einzelne Kosten aufzulisten. Die Tätigkeit erfolgte im Rahmen des Aufgabenbereiches der Abteilung I/A/3 (bzw. szt. I/A/6).

Frage 80:

Welche bilaterale Veranstaltungen wurden im Jahr 2001 durchgeführt?

Frage 81:

Wann fanden diese Veranstaltungen statt, wer hat dazu eingeladen, welchem Zweck dienten sie und wer hat daran teilgenommen?

Frage 82:

Welche Kosten sind dem Ressort für jede dieser Veranstaltungen entstanden, chronologisch geordnet?

Zu den Fragen 80-82:

Im Sportbereich wurden Experten bzw. Regierungsvertreter im Rahmen der bilateralen Absprache mit Deutschland eingeladen.

Zweck ist neben der sportpolitischen Zusammenarbeit der gegenseitige Informationsaustausch zum jeweiligen Thema bzw. Diskussion über weitere Vorgangsweisen.

Eingeladen wird jeweils von der Gruppe Sport des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport (Abt. I/A/3).

a)

Thema: "Situation des europäischen Fußballs; gegenwärtige und zukünftige Rahmenbedingungen"
Zeit: 4. bis 5. Dezember 2001
Teilnehmer: 1 Vertreter des deutschen Bundesministerium des Innern
Kosten: s. unter b)

b)

Thema: "Maßnahmen im Bereich Anti-Doping"
Zeit: 5. bis 7. Dezember 2001
Teilnehmer: 1 Vertreter des deutschen Bundesministeriums des Innern
1 Vertreter der Sporthochschule Köln
Kosten a) und b): ca. € 2.151,12

Die Veranstaltungen a) und b) wurden gemeinsam durchgeführt.

Frage 83:

Wie hoch war der Zeitaufwand für die Bediensteten, die im Rahmen dieser Veranstaltungen mitwirkten und welcher Personalmehraufwand ergibt sich daraus für das Ressort bzw. welcher Personalaufwand würde sich daraus bei gesonderter Abrechnung dieser Kostenstelle ergeben?

Zu Frage 83:

Der Zeitaufwand für einzelne Tätigkeiten wird derzeit nicht berechnet. Daher ist es nicht möglich, einzelne Kosten aufzulisten. Die Tätigkeit erfolgte im Rahmen des Aufgabenbereiches der Abteilung I/A/3.

Frage 84:

Welche EU- Veranstaltungen wurden im Jahr 2001 durchgeführt?

Frage 85:

Wann fanden diese Veranstaltungen statt, wer hat dazu eingeladen, welchem Zweck dienten sie und wer hat daran teilgenommen?

Frage 86:

Welche Kosten sind dem Ressort für jede dieser Veranstaltungen entstanden, chronologisch geordnet?

Frage 87:

Wie hoch war der Zeitaufwand für die Bediensteten, die im Rahmen dieser Veranstaltungen mitwirkten und welcher Personalmehraufwand ergibt sich daraus für das Ressort bzw. welcher Personalaufwand würde sich daraus bei gesonderter Abrechnung dieser Kostenstelle ergeben?

Zu den Fragen 84 bis 87:

Im Bereich der Verwaltungsentwicklung fanden im Jahr 2001 folgende Veranstaltungen statt:

Am 2. Juli 2001 fand das EBN-Treffen (European Benchmarking Network) statt: Ausgehend von einer Initiative während der österreichischen EU-Präsidentschaft wurde das Projekt "Aufbau eines Netzwerkes zur Koordinierung von Leistungsvergleichsprojekten im europäischen Raum" gestartet. Der Aufbau des Netzwerkes, d.h. einer Internet-Plattform (www.eu-benchmarking.net), wurde bislang von Großbritannien finanziert. Die Treffen der Projektgruppe werden im Rotationsmodus jeweils von einem Mitgliedstaat ausgerichtet. Im Laufe des letzten Jahres hat Österreich zur Abhaltung eines Treffens in Wien eingeladen. Der Teilnehmerkreis umfasste je 1 TeilnehmerIn/EU-Mitgliedstaat, der Europäischen Kommission, von EIPA (European Institut for Public Administration), aus Norwegen (Beobachterstatus). Für Österreich betragen die Kosten für den Mittagsimbiss € 119--. Der Zeitaufwand für einzelne Tätigkeiten wird derzeit nicht berechnet, daher ist es nicht möglich, einzelne Kosten diesbezüglich aufzulisten.

Am 7. September 2001 fand in Wien ein Treffen des EU-Projekts "Online One-Stop Government (eGOV)" aus der IST-Förderlinie (Information Society Technologies) statt. An diesem Projekt sind Universitäten, öffentliche Verwaltungen und Unternehmen aus Österreich, Deutschland, Finnland, Griechenland und der Schweiz beteiligt. Es geht in dem Projekt um die Weiterentwicklung und Vereinheitlichung von Webangeboten des öffentlichen

Sektors. An dem Treffen nahmen 20 Vertreterinnen der teilnehmenden 11 Institutionen statt. Die Kosten beliefen sich für den Mittagsimbiss auf € 155,--. Von Seiten des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport nahmen 2 Personen daran teil. Der Zeitaufwand für einzelne Tätigkeiten wird derzeit nicht berechnet, daher ist es nicht möglich, einzelne Kosten diesbezüglich aufzulisten.

Frage 88:

Welche Veranstaltungen

- a) *im Rahmen internationaler Kontakte*
- b) *im Rahmen bilateraler Kontakte*
- c) *im Rahmen der EU*

sind für die Jahre 2002 und 2003 geplant bzw. wurden im Jahr 2002 bereits durchgeführt?

Zu Frage 88:

- a) Im Rahmen internationaler Kontakte für 2002 geplant:

Mitte/Ende Juni 2002 ein 1-tägiges internationales Symposium (Expertentagung) im Rahmen der offiziellen Eröffnung des mit 1. Jänner 2002 vom IOC akkreditierten Dopingkontroll-Labors im Austrian Research Center Seibersdorf.

- b) Im Rahmen bilateraler Kontakte für 2002 bzw. 2003 geplant:

Weiterführung der bilateralen Absprache mit Deutschland. Konkrete Themen für Maßnahmenkatalog werden am 23./24. April 2002 festgelegt. Es wird davon ausgegangen, dass in Österreich drei Veranstaltungen durchgeführt werden (jeweils 2 deutsche Vertreter für 2-3 Tage).

Interesse an bilateralen Kontakten mit Österreich liegen derzeit auch von Slowenien, Ungarn, Aserbaidschan, der Türkei und Saudi-Arabien vor. Inwieweit diese im Jahr 2002 realisiert werden können, kann dzt. noch nicht abgesehen werden.

ad externe Berater:

Frage 89:

Von welchen externen Beratern wurden bzw. werden seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage Modelle hinsichtlich einer Strukturreform Ihres Ministeriums entwickelt?

Frage 90:

Worin besteht der exakte Inhalt dieser Beraterverträge mit den unter 89. beauskunfteten Unternehmen?

Frage 91:

Von welcher Zentralstelle wurden die unter 89. beauskunfteten Berater-Verträge abgeschlossen und von welcher Zentralstelle wurden bzw. werden diese Leistungen bezahlt?

Frage 92:

Worin liegen generell die Gründe für eine Organisationsreform in Ihrem Ministerium und wie lauten die Vorschläge der von Ihnen beauftragten Berater?

Frage 93:

Wann ist ein entsprechender Abschluss des Reorganisationsprozesses zu erwarten?

Frage 94:

Sind weitere Vertragsabschlüsse über Beratungsdienstleistungen betreffend die Reorganisation Ihres Ressorts geplant?

Frage 95:

Wie hoch sind die bisher angelaufenen Kosten für externe Berater (Kapitalgesellschaften und Einzelpersonen), die sich mit der Reorganisation Ihres Ressorts befasst haben bzw. befassen, unabhängig von der auszahlenden Stelle?

Frage 96:

Haben Sie vor Beauftragung von externen Beratern für Strukturproblemstellungen deren Kenntnisse auf diesem Gebiet im internationalen Umfeld geprüft und welche Ergebnisse zeigten diese Erhebungen?

Zu den Fragen 89 bis 96:

Seit der Beantwortung der PA1854/J wurden diesbezüglich lediglich ein Auftrag an externe Berater vergeben.

Firma INFORA

"Überprüfung der Kanzlei- und Supportprozesse"

Die Kosten werden sich auf ca. € 7.300,- belaufen. Diesbezüglich wurde noch keine Rechnung an das BM für öffentliche Leistung gestellt.

Frage 97:

In welcher Höhe wurden durch Sie Aufträge an die Beraterfirmen Arthur Anderson Business Consulting GmbH und PriceWaterhouseCoopers, Coopers & Lybrand Management Consulting GmbH vergeben und wurden mit diesen Unternehmen auch andere Verträge (z.B. über Buchprüfungen) durch Ihr Ressort oder von Ihrem Ressort beherrschte Unternehmen abgeschlossen, wenn ja, um welchen Auftragsinhalt handelt es sich und welche Zahlungen erfolgten an das Unternehmen?

Zu Frage 97:

Seitens des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport gab es keine Beauftragung der genannten Unternehmungen. Vollständigkeitshalber wird jedoch auf den Generalvertrag des BM für Finanzen verwiesen (siehe Beantwortung der PA 3397/J).

Frage 98:

Mit welchen Beratungsunternehmen wurde seit 4.2.2000 bis zum Einlangen dieser Anfrage Dienstleistungsverträge ausserhalb der Strukturreform abgeschlossen und wie hoch waren die Kosten für diese Beratungsaufträge, geordnet nach beauftragten Unternehmen?

Zu Frage 98:

Ausgehend von der Beantwortung der Anfrage PA 1606/J vom 23.01.2001 wurden seit 1. Dezember 2001 folgende Werkverträge mit Beratungsunternehmen abgeschlossen:

Diese Werkverträge werden teilweise vom Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport für Projekte anderer Bundesministerien finanziert, um notwendige Impulse für die Verwaltungsreform zu setzen.

Help-Übereinkommen mit der Fa. net@value
Erweiterung des Übereinkommens um die Entwicklung von help-business
€ 155.607,-

Rahmenwerkvertrag mit Siemens Business Services GmbH
Kofinanzierung mit dem BKA
Projekt "Einführung einer Kostenrechnung"
€ 14.002.--

Werkvertrag mit der Fa. WIBERA
betr. Projekt Optimierung der Dienstzeiteinteilung in den Justizanstalten
Kofinanzierung mit dem BMJ
Kostenbeteiligung von € 14.535,-- für das Jahr 2000

Werkvertrag mit der Fa. Contrast Management-Consulting GmbH
betr. beratende Begleitung im Pilotprojekt BSC (Balanced Score Card) in den Bereichen der Bundesanstalten im BMLFUW und der 4. Panzergrenadierbrigade im BMLV im Rahmen des Gesamtvorhabens "Leistungskennzahlen für die Bundesverwaltung"
€ 60.085,-

Ergänzung zum "Help-Übereinkommen" zwischen BMöLS und der Fa. net@value
(befristete Vertragsverlängerung)
€ 239.820.--

Werkvertrag mit Michael Kern
betr. Unterstützung des Entwicklungskonzeptes der juridischen Fakultät Graz 2000-2005
€ 11.627,-

Werkvertrag mit dem KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung
betr. Projekt "Entwicklung von NPM-Grundlagen für Österreichs Städte und Gemeinden"
€ 15.988.--

Werkvertrag mit dem KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung
betr. "Weiterentwicklung @mtsweg online"
€ 20.442,--

Werkvertrag mit der Fa. Lengauer
betr. Projekt "Unterstützung der öffentlichen Auftragsvergabe des Projektes help.gv.at"
€24.331,-

WV mit der Fa. net@value Unternehmensberatung
betr. Contenterstellung und beratende Begleitung im Projekt "www.help.gv.at"
€ 175.990.-- f.d. Jahr 2001
€ 529.105.-- f.d. Jahr 2002

WV mit der Firma WIBERA und dem BMJ
betr. Optimierung der Dienstzeiteinteilung in den Justizanstalten
Kofinanzierung des Projektes durch das BMöLS
€ 14.535.-

1. Fortsetzungsvertrag mit der Fa. Contrast Management Consulting GmbH
betr. Einführung von Controlling im BMaA
Kofinanzierung BMaA und BMöLS
€17.441,-

Werkvertrag mit der Fa. Städtler
betr. "Jahresarbeitszeitmodell im Bundesdienst"
€ 146.508,-

Werkvertrag mit der Fa. TRUST-CONSULT Unternehmensberatung GmbH
betr. Beratung und Unterstützung des BMV1T bei der Aufgabenkritik und Reorganisation für
die Bereiche Schifffahrt und Wasserstrassen
Kofinanzierung durch das BMöLS
€29.069,-

Werkvertrag mit der Firma WIBERA
betr. "Pilotprojekt zur Optimierung der Dienstzeit-Organisation mit den Justizanstalten Wien-
Josefstadt und Garsten"
Kofinanzierung durch das BMÖLS
€ 72.673,-

Ergänzung zum Werkvertrag mit dem KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung
betr. "Weiterentwicklung @mtsweg online"
€5.814,-

Werkvertrag mit der Firma TPA Consult Unternehmensberatung GmbH
betr. "Beratung und Unterstützung des BMVIT bei der Aufgabenkritik und Reorganisation für
den Bereich Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge"
€23.255.--

Werkvertrag mit der Fa. INFORA und dem BMöLS Abteilung I/I (Interne Revision)
betr. Projekt "Supportprozesse im BMöLS"
Kofinanzierung durch das BMöLS Abt. II/8 - Verwaltungsentwicklung
€4.360,-

Werkvertrag mit der Fa. imPlus Unternehmensberatungs GmbH
betr. "Leistungskennzahlen für die Bundesverwaltung" (Leistungsbericht 2002)
€ 75.289,06

Zentrum für sichere Informationstechnologie-Austria (A-SIT) "Weissbuch Bürgerkarte" und
"Sicherheitshandbuch"
€150.512,71

NetValue "Task Force -Bericht"
€7.267,28

Rahmenvertrag mit Controlling, Consulting und Baumanagement Architekt Dr.techn. Peter Czemin

"Prüfung und Beratungstätigkeit für den Sportstättenbau" (Vertragsdauer: 1. Juli 2001 - 31. Dezember 2002) Bisher sind diesbezüglich Kosten von insgesamt € 15.545,75 angefallen.

Frage 99:

Welchen Unternehmensberatern bzw. sonstigen externen Beratern wurden durch Unternehmen, an denen Ihr Ressort mit mindestens 50 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist oder das durch andere finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen von Ihrem Ressort beherrscht wird, Aufträge erteilt und welche Kosten zogen diese Beraterverträge nach sich, geordnet nach auftraggebendem Unternehmen?

Frage 100:

Wurden externe Berater von Unternehmen, die der Kontrolle gem. § 52 Abs. 2 B-VG unterliegen, bezahlt welche aber Dienstleistungen für die Zentralstelle erbracht haben und wenn ja, um welchen Vertrag handelt es sich und von welchem Unternehmen wurden die Kosten getragen?

Zu den Fragen 99 und 100:

Seit der Beantwortung der Anfrage 2520/ J haben sich keine Änderungen ergeben.

Frage 101:

Wie hoch sind die Gesamtkosten für externe Berater bzw. Beratungsunternehmen für die Budgetjahre 2000, 2001 und in welcher Höhe wurden entsprechende Kosten für das Budgetjahr 2002 veranschlagt?

Zu Frage 101:

Die Budgetmittel werden auf den Posten 7270, 7280 und 7288 veranschlagt.

Gesamtkosten 2000:	Werkverträge (Budget allg.)	€	597.974,18
	Werkverträge (Budget Help BRZG)	€	660.267,46
	Werkverträge (Budget net@value)	€	155.606,99
Gesamtkosten 2001:	Werkverträge (Budget allg.)	€	708.079,35
	Werkverträge (Budget Help BRZ)	€	361.533,17
	Werkverträge (Budget net@value)	€	415.810,12
Gesamtkosten 2002:	veranschlagtes Budget (allg.)	€	3.285.000,00

Die Höhe ergibt sich aus dem Umstand, dass die Beschäftigung von externen Unternehmungen in diesen Bereichen auf Beschlüssen der Bundesregierung beruhen (Help.gv. IKT-Board)

Frage 102:

Welche organisatorischen Veränderungen wurden seit 4.2.2000 innerhalb der Struktur Ihres Ressorts getroffen, wieviele Planstellen wurden dadurch eingespart, wieviele Planstellen sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Bereich Ihres Ressorts eingespart werden und welche ehemaligen Mitarbeiter des Ministerbüros wurden in die Organisation des Ministeriums integriert?

Zu Frage 102:

Im Bereich der Zentralleitung des Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport war es infolge der Neuerrichtung des Ministeriums vorerst unumgänglich

Planstellenübertragungen aus anderen Bereichen vorzunehmen, um die erforderlichen personellen Ressourcen entsprechend abdecken zu können.

Unter der Berücksichtigung von vorgenommenen Planstelleneinsparungen für das Jahr 2001 und 2002 hat sich der Stand der Planstellen

von 149 Planstellen (31.12.2000)
auf 147 Planstellen (1.2.2002) verändert.

Die Anzahl der Organisationseinheiten hat sich um I Abteilung verringert.

Frage 103:

In welcher Höhe wurden durch Sie Aufträge für Werbekampagnen und Schaltungen von Inseraten für Werbezwecke seit 4.2.2000 veranlasst, geordnet nach beauftragtem Unternehmen?

Unternehmen?

Zu Frage 103:

Keine.

ad Repräsentationsaufwendungen:

Frage 104:

Welche Repräsentationsaufwendung (Datum, Anlass, Voranschlag, tatsächliche Abrechnung) sind für den Ressortminister und die Bediensteten des Ministerbüros im Zeitraum vom 4.2.2000 bis 1.2.2002 angefallen ?

Zu Frage 104:

Seit der Beantwortung der Anfrage 1388/J vom 19.10.2000 wurden nachstehende Beträge unter dem Titel Repräsentationsausgaben für die Bundesministerin und ihre Bediensteten benötigt:

2001	Voranschlag €34.010,88	Verbrauch
€5.431,03		
2002	Voranschlag €35.000,-	Verbrauch (Jänner, Februar) €
610,--		

Frage 105:

In welcher Höhe sind für den obig genannten Zeitraum Reisespesen des Ressortministers und der Bediensteten des Ministerbüros angefallen (national und international, jeweils geordnet nach Datum, Anlass, Voranschlag und tatsächlicher Abrechnung)?

Zu Frage 105:

Diesbezüglich verweise ich auf die Beantwortung zu den Fragen 66ff.